„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Street, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Notwendigkeit der Einwanderung

Als eine der besten Reden, die wohl jemals über die Einwanderungsfrage gehalten wurden, ist jene anzusehen, die der Minister für Volksgesundheit und öffentliche Arbeiten in der Provinzregierung von Saskatchewan, Hon. Dr. J. M. Uhrich, am letzten Donnerstag in der Legislatur zu Regina vorgetragen hat. In den letzten Jahren und insbesondere im Jahre 1927 ist viel ungeordnetes Zeug über die Zuwanderung gesprochen worden. Die unverbesserlichen Hüter des echten Canadiertums, die den Patriotismus in Erbpacht zu haben glauben, die in jedem Nichtengländer oder „Foreigner" — wie sie sich so geschmackvoll ausdrücken — einen Dorn im Fleische Canadas erblicken, die lieber die wirtschaftliche Entwicklung des Westens um Jahrzehnte hinausschieben, als Kontinentaleuropäer einwandern lassen möchten, sie sind es, die Zeter und Mordio schreien, wenn die amtlichen Statistiken ein Anschwellen der mitteleuropäischen Einwanderung berichten.

Doch im ureigensten Interesse Canadas dürfen nur „Gott sei Dank!" sagen, daß die hundertprozentigen Patrioten nicht allein über das zukünftige Wohl und Wehe unseres Adoptivlandes zu bestimmen haben. Zum Glücke gibt es noch klarsehende, vernünftig urteilende, weitschauende Männer, die nicht nur den hohen Wert der mitteleuropäischen Einwanderung erkennen und verstehen, sondern auch mit Unerschrockenheit den Nörglern und Kritikern entgegentreten. Einer der besten und aufrechtesten unter ihnen ist gewiß Minister Dr. Uhrich, auf den die Provinz Saskatchewan und insbesondere wir Deutschcanadier mit berechtigtem Stolze hinschauen dürfen. Was er in der Legislatur von Saskatchewan über die Einwanderungsfrage sagte, sollte im Wortlaut in allen canadischen Zeitungen von Küste zu Küste erscheinen. Es wurde manchem, der nicht sehen kann oder nicht sehen will, die Binde von den Augen nehmen, würde mit ungerechten Vorurteilen aufräumen und würde alle jene, die mit mitteleuropäischer Einwanderung nur dem Wohle Canadas dienen wollen, in ihrem Eifer bestärken.

Millionen von Ackern fruchtbaren Landes harren im Westen noch des Pfluges, der Kultivierung und Bebauung. Saskatchewan selbst, diese größte landwirtschaftliche Provinz, hat im Norden noch weite Landstrecken aufzuweisen, die heute noch mit leichtem oder schwerem Busch bewachsen sind. Werden jene, die aus den Großstädten Englands und Schottlands nach Canada auswandern, die Pioniere im nördlichen Saskatchewan sein? Werden sie sich der harten und rauhen Arbeit, den Strapazen und Entbehrungen des Heimstättenlebens auf wildem Buschland unterziehen? Oder werden sie, wenn der Hauch der Romantik verflogen ist — und er verfliegt in diesem nüchternen Lande sehr schnell — nicht in die Städte wandern, um die Zahl der Stadtbevölkerung anschwellen zu lassen und sich ein angeblich leichteres Leben zu verschaffen? Wer waren und sind heute noch die ausdauernden, fleißigen und sparsamen Pioniere, die allen Hindernissen zum Trotz auf schwierigen Posten ausgeharrt haben? Sind es nicht die vielverlästerten „Foreigners", die Deutschen aus Rußland, Oesterreich-Ungarn, Bessarabien usw., und all die anderen, die in der Heimat schon an schwere Bauernarbeit gewöhnt waren und sich auch hier nicht scheuen, es mit den Tücken des Klimas, mit Rost u. Frost, mit Disteln u. Unkräutern, mit Feldsteinen und Buschland aufzunehmen? Man schaue doch hinein in die deutschen Distrikte von Saskatchewan und betrachte die sauber gebauten Wohnhäuser und die großen Viehställe, das sorgfältig bearbeitete Ackerland, den Fleiß und die Arbeitskraft der deutschsprechenden Bevölkerung! Wo andere oft an einem endgültigen Erfolg verzweifelten, da waren es deutsche Hände und deutsche Köpfe, die unermüdlich schafften und strebten, bis eine neue Heimat auf fremder Scholle gegründet war, bis Prärie oder Buschland soviel abwarf, daß sich das Farmen bezahlte, bis man darauf „sein Leben machen" konnte. So wird es auch in Zukunft bleiben. Notwendig ist nur, daß unsere Einwanderer von demselben Pionniergeist wie die Alten vor 20 und 30 Jahren beseelt sind, daß auch sie vor keiner Arbeit, mag sie noch so hart und schwer sein, zurückschrecken, daß sie sich, kurz gesagt, für dieses Farmerland, den canadischen Westen, in jeder Beziehung eignen. Dann wird eine noch weit stärkere deutsche Einwanderung, wie wir sie in diesem Jahre wohl erwarten dürfen, der canadischen Wirtschaft zu weiterem Aufstieg verhelfen. Dann werden aber auch mit der Zeit aus den Einwanderern gute canadische Bürger werden, die wohl den guten Ueberlieferungen, der Sprache und den Sitten ihrer Heimat treu bleiben, aber zugleich ihre wertvollen Eigenschaften zum Besten des neuen Landes verwerten.

Wer über solche Tatsachen ruhig und vernünftig nachdenkt, kann und muß mit Minister Dr. Uhrich die Einwanderung aus Nord- und Mitteleuropa herzlich begrüßen, da sie im Interesse Canadas gelegen ist. Herrn Dr. Uhrich aber seien an dieser Stelle der beste Dank und die aufrichtigste Anerkennung für seine mannhaften Worte gezollt.

Deutscher Unterricht und Einfluß in Amerika.

Das „Washington Journal" schreibt darüber:

Am 1. Oktober 1927 verteilten sich die Sprachstudien in acht großen „High"-Schulen, also Gymnasien, wie man auf deutsch sagen würde, der Stadt New York, in folgender Weise: Schüler des Französischen 43,964, des Spanischen 30,411, des Lateinischen 27,899, des Deutschen 6602, des Italienischen 1606, des Griechischen 180. Mit dem deutschen Unterricht sieht es also, ausgenommen an den Universitäten, doch noch sehr traurig aus. Ueberall gibt es Töchter und Söhne aus Deutschland eingewanderter Eltern, die kein Wort deutsch verstehen, aber in den Schulen spanisch und französisch lernen. Es gibt solche, die gar nicht einmal wissen und es auch nicht wissen wollen, aus welcher Stadt oder Gegend Deutschlands die Eltern gebürtig sind, und wenn sie es wissen, kennen sie die geographische Lage nicht. Von deutscher Geschichte haben sie erst recht keine Ahnung. Sie wissen aber wenigstens etwas über Napoleon und Josephine, über die französische Revolution, Ludwig XIV., von Dumas, Victor Hugo, Rostands Cyrano der Bergerac, Daudet. Karl der Große gilt natürlich überall als Franzose. Die Weltgeschichte, wie sie hier gelesen wird, geht von Rom über Paris nach London und Amerika. Deutschland gehört kaum dazu. Man kennt zwar Heidelberg, Frankfurter Würstchen, Hamburger Sauerkraut, Pilsener, den Kaiser und den Paradeschritt. Damit hört aber die Weisheit auf. Man hat sogar ab und zu von „Lohengrin", „Tannhäuser", „Parsifal" gehört, weiß aber nicht, wer der Komponist ist. Den französischen Einflüssen in Amerika (wenigstens bis 1848) ist gerade ein Professor der Universität von North Carolina, H. M. Jones, in einem Geschichtsbuch nachgegangen („America and French Culture, 1750—1848"). Die Franzosen eröffnen in New York bald ihr eigenes, riesiges „Französisches Haus". Deutscher Einfluß hat sich im Verhältnis dazu erst in neuerer Zeit bemerkbar gemacht und ist obendrein durch den Weltkrieg fast verschwunden. Es gilt jetzt fast von vorne wieder anzufangen. Schwer und dornenvoll wird der Weg sein. Aber mit Klugheit, Vertrauen und Energie ist vieles zu erreichen.

(Den Deutschamerikanern wird durch diesen Artikel gewiß kein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt. Da fehlt es bei unseren deutschstämmigen Freunden in der südlichen Republik noch weit. Doch wir wollen nicht mit heuchlerischem Augenaufschlag andere verurteilen, wenn wir Deutschsprechende in Canada selbst allen Grund haben, einmal gründliche Gewissenserforschung anzustellen. Oder ist es bei uns besser bestellt?)

Weltumschau

Deutsche Friedensvorschläge Die deutsche Reichsregierung hat eine Denkschrift an den Sicherheitsausschuß des Völkerbundes gerichtet, der sich zur Zeit in der tschechischen Hauptstadt Prag zu Beratungen zusammengefunden hat. In dieser Denkschrift spricht die Regierung ihre allgemeine Uebereinstimmung mit den vor Kurzem gemachten britischen Vorschlägen an den Völkerbund, der sich auf die Abschließung regionaler Friedensverträge erstreckte und zu diesen die Zustimmung der Liga verlangte.

Deutschlands Denkschrift geht jedoch noch einen großen Schritt über die britischen Vorschläge hinaus, indem sie das Prinzip einer allgemein verbindlichen Verpflichtung, Streitigkeiten aller Art, sogar solche politischer Natur, dem Völkerbunde zur Schlichtung zu unterbreiten, aufstellt.

Die Reichsregierung stellt sich auf den Standpunkt, daß der allgemeine europäische Friede am besten dadurch aufrecht erhalten werden kann, daß eine entsprechende Organisation für die Schlichtung von Unstimmigkeiten zwischen den Nationen Europas ohne zu den Waffen greifen zu müssen, ins Leben gerufen wird. „Rüstungen würden dann unnötig werden", sagt die Denkschrift hierzu.

Die erwähnten britischen Vorschläge, die am 19. Januar übermittelt wurden, nannten den Frieden von Locarno als Beispiel für die Art der in Frage stehenden Verträge zwischen einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes. Die britische Regierung gab ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß ein solches System von Verträgen in Zukunft sich noch weiter ausbreiten werde, da die beste Garantie gegen einen Krieg die sei, daß jeder Staat sich durch entsprechende Verträge in jener Richtung sichert, in der seine Hauptinteressen liegen.

Der neue Zeppelin Aus den Zeppelin-Werken verlautet, daß der neue deutsche Zeppelin „L 3 127" voraussichtlich schon Anfang Mai fertiggestellt sein wird. Nach wenigen Probefahrten über europäisches Festland soll schon im August eine Ozeanfahrt nach Nord- und Südamerika, wahrscheinlich sogar ohne Zwischenlandung, erfolgen. Ein derartig großer ununterbrochener Flug ist, heißt es, für das neue Luftschiff mit 105,000 Kubikmetern Gasinhalt durchaus möglich. Sein Aktionsradius geht sogar noch weit darüber hinaus.

Nach Nordamerika rechnet man je nach den Witterungsverhältnissen mit 60 bis 80 Stunden, nach Buenos Aires mit 90 bis 100 Stunden Flugdauer. Neben der Passagierbeförderung soll das neue Luftschiff hauptsächlich eilige Postsachen mitführen, die — nur etwa dreimal so teuer wie gewöhnliche — in einem Drittel der sonst notwendigen Beförderungsfrist ans Ziel gelangen werden. Durch Verwendung einer neuartigen Gasmischung als Betriebsstoff entfallen bei der Amerikafahrt mindestens 30,000 Kilogramm toter Belastung, die die „L 3 1926", die bei ihrer Ankunft in Lakehurst „Z R 3" genannt wurde und später den Namen „Los Angeles" erhielt, bei ihrer Amerikafahrt mit sich führen mußte. Zur ersten großen Fahrt sind auch ausländische Fachleute, besonders Amerikaner, eingeladen. Später ist ein Flug um die Welt mit zwei bis drei Zwischenlandungen geplant, falls das nötige Geld zusammenkommt.

Das neue Luftschiff soll deutsches Nationaleigentum bleiben, aber für bestimmte Fahrten verchartert werden, zunächst voraussichtlich an Spanien.

Deutschland und Litauen. Außenminister Gustav Stresemann und der litauische Premier Augustin Woldemaras unterzeichneten in Berlin einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Litauen. Allgemein wird angenommen, daß der Vertrag für beide Länder von großer Tragweite ist. Die deutsche Regierung war in letzter Zeit wiederholt bei der Kowno-Regierung vorstellig geworden, um die berechtigten Interessen des Deutschtums im Memelgau zu wahren. Die Reichsverwerden wurden vom deutschen Reichsaußenminister auch in der letzten Tagung des Völkerbundsrats vorgetragen und damals wurde von dem Premier Woldemaras die Zusicherung gegeben, daß Litauen gewillt sei, sich mit Deutschland über diese Frage zu einigen und Maßnahmen anzuordnen, welche die politische und persönliche Freiheit der Memelländer gewährleisten würden. Vermutlich wurde der litauische Staatsmann zum Einlenken veranlaßt, weil der Streit zwischen Polen und Litauen, trotz beiderseitiger freundschaftlicher Erklärungen, weiter andauert und Woldemaras noch wie vor auf Zurückgabe Wilnas an Litauen beharrt.

In politischen Kreisen wird mit großer Zuversicht erwartet, daß dem Abschluß des Schiedsvertrages nunmehr auch ein Handelsvertrag folgen werde, der weiter dazu beitragen dürfte, die Verhältnisse zwischen beiden Ländern gedeihlich zu gestalten. Dem Vernehmen nach ist Litauen bereit, dem Reich gegen entsprechende Gegenleistung eine Behandlung als meistbegünstigte Nation zuzubilligen.

Die Besprechungen erregten sofort Argwohn und Beklemmungen in Warschau, und dort wurde die Alarmnachricht verbreitet, zwischen Deutschland und Litauen sei ein Bündnisvertrag geplant, dessen Spitze sich gegen Polen richten würde. Die Annäherung zwischen Deutschland und Litauen wird zweifellos zu engerem wirtschaftlichen Verkehr führen, dem der angestrebte Handelsvertrag die Wege ebnen soll. Auch dies versimmt Warschau, und unter den Umständen sind die langwierigen Besprechungen über einen Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland wieder in Stillstand geraten.

Abkehr von Trotzky. Der gewichtigste Flügel der russischen oppositionellen Fraktion der Kommunisten-Partei, an dessen Spitze Sinowjew und Kamenew stehen, sich von diesen beiden Führern an die Zeitung „Prawda", das amtliche Parteiorgan der Kommunisten, ein offenes Schreiben richten, in dem er sich von Trotzky lossagt. Die Gefolgschaft Trotzkys wird in dem Schreiben aufgefordert, in den Schoß der Partei zurückzukehren, weil die Diktatur des Proletariats gefährdet würde, wenn die Proletarier uneinig seien; alle Kommunisten müßten sich daher der Parteidisziplin unterwerfen.

„Prawda" bemerkt dazu, dieses Schreiben werde seinen Verfassern die Wiederaufnahme in die Partei eintragen.

Gerüchte über Moskau Unbestätigte Depeschen aus Warschau melden von Gerüchten, die in Wilna im Umlauf sein sollen, denen zur Folge eine militärische Revolte in Moskau ausgebrochen sein soll. Es heißt, an der Spitze dieser Erhebung stehe der General Tuchatschewski, ein Gegner von Joseph Stalin, dem allmächtigen Kommunisten-Führer. Weiter heißt es, mehrere Divisionen seien an der Erhebung beteiligt. Moskau werde von ihnen beschossen.

Eine Riga-Depesche des „Exchange Telegraph" in London meldet, in jener Stadt schwirrten zahlreiche, allerdings unbestätigte Gerüchte umher, denen zur Folge vier Sowjet-Regimenter in Moskau in Sympathie mit dem verbannten Leon Trotzky, dem früheren Kriegsminister und Schöpfer der „Roten Armee", revoltiert haben sollen. Auch heißt es, der Kremel werde zur Zeit von Artillerie beschossen. In Riga umgehende Gerüchte, in Moskau sei eine militärische Erhebung ausgebrochen, werden von hohen Sowjet-Beamten als „reine Erfindung" bezeichnet, die, wie erklärt wird, in den Presse-Depeschen über einen Mangel von Lebensmitteln in der russischen Hauptstadt ihren Grund haben dürften. Heute, wie an jedem Tag, seit Trotzky und seine Anhänger in die Verbannung geschickt wurden, nahm das tägliche Leben der Bürger in Moskau seinen üblichen Verlauf. Die Theater und Kinos der Stadt waren überfüllt, und der Kremel war alles, nur nicht die Zielscheibe von Geschützfeuer. Die einzigen Soldaten, die zu Gesicht kamen, waren die Leute, die ihren Sonntagsurlaub in dem Park verbrachten und mit den lustwandelnden Schönen der Stadt einen „Flirt" anzuknüpfen versuchten.

Sibirischer Flughafen Die Vorarbeiten für die Umwandlung des Flugfeldes bei Irkutsk in einen internationalen Flughafen der Flugverkehrslinie London—Moskau—Peking sind bereits im vollen Gange. Die großen Flugzeug-Reparaturwerkstätten der Ulan Bator Flugverkehrsgesellschaft werden nach Irkutsk verlegt und auch ihre Flugzeuge werden großenteils hergebracht. Im Frühjahr werden zwei neue Flugverkehrsrouten geöffnet werden, um Irkutsk mit der Mongolei und den Goldfeldern bei Aldan in ständige Verkehrsverbindung zu bringen.

Kampf den Kommunisten! Zwanzig Mitglieder einer lettischen Kommunisten-Organisation wurden in Riga wegen des Versuches, die Regierung zu stürzen und eine kommunistische Diktatur zu errichten, abgeurteilt. Fünf von ihnen wurden zu Zuchthaus von fünf bis sechs Jahren verurteilt, während 15 andere Gefängnisstrafen von zwei bis vier Jahren erhielten. Neun andere wurden freigesprochen.

Jugoslavien rüstet. Unter Abdruck eines angeblichen Instruktionsbuches für Rekruten der jugoslawischen Armee bringt das italienische „Giornale d'Italia" ein Telegramm aus Belgrad mit einem großen Titelkopf, daß Jugoslawien zum Kriege rüste. Das Blatt zitiert das jugoslawische Instruktionsbuch, daß Italiener, Ungarn, Deutsche und Bulgaren Feinde der Jugoslawen seien und daß die Rekruten instruiert würden, den Feind anzugreifen, „um die Kinder Jugoslawiens zu befreien, die noch unter fremdem Joch schmachteten." Der Text des jugoslawischen Instruktionsbuches instruiert die Soldaten nach Angabe des Blattes, daß sie nicht nur lernen müßten, die Waffen zu gebrauchen, im Falle, daß der Feind Jugoslawien angreife, sondern auch für den Fall, daß Jugoslawien den Feind angreife, um seine Kinder zu befreien.

Die dieser Tage erfolgte sechsmonatige Verlängerung des italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages, der 1924 in Rom unterzeichnet wurde, brachte einen Kommentar des offiziellen faschistischen Organs, der „Foglio d'Ordini", daß Jugoslawien nunmehr sechs Monate Zeit habe, in denen es seine Politik gegenüber Italien nach ändern könne. Das Blatt sagt, daß sechs Monate eine ausreichende Zeitspanne wären, um das Verhältnis zwischen beiden Ländern aufzuklären und beizulegen, falls wirklich auf Seiten Jugoslawiens Absicht bestünde.

Der „Foglio d'Ordini" folgt im wesentlichen den von der „Giornale d'Italia" gemachten Vorwürfen, daß Jugoslawien einen Ring vorbereite und seine Armee auf die Wiedereingliederung solcher Gebiete hinwerfe, die zur Zeit unter italienischer, ungarischer oder bulgarischer Herrschaft stehen.

„Alle patriotischen Herzen Jugoslawiens," so schreibt das Blatt, „scheinen nur Vorwände für erregte antiitalienische und antifaschistische Kundgebungen zu sein, außerdem finden sich in den Reden verantwortlicher Regierungsbeamten zu häufig Vorwürfe gegen Italien, während die großen Vereinigungen des jugoslaw. Imperialismus öffentlich für die Angliederung allen italienischen Gebietes von Pola bis Udine an Südslawien eintreten."

Diese Veröffentlichung im „Foglio d'Ordini" wird in offiziellen Kreisen als eine sehr eindeutige Erklärung der Haltung Italiens zu den in den letzten Jahren häufigen Zwischenfällen mit Jugoslawien angesehen.

Ein hoher jugoslawischer Regierungsbeamter teilte der „Assoziierten Presse" offiziell mit, daß an den in Rom veröffentlichten Vorwürfen kein Körnchen Wahrheit sei und daß kein jugoslawisches militärisches Instruktionsbuch oder sonst irgendein in der serbischen Armee verwandtes Schriftstück die Offiziere beeinflusse, Italien als einen Feind anzusehen. Fernerhin seien die Offiziere in keiner Weise verpflichtet, auf die Wiedergewinnung von Jugoslawiens verlorenen (!) Gebieten hinzuarbeiten. Jugoslawien sei durchaus mit dem Gebiete, das es hat, zufrieden und lasse sich nicht auf Vorwürfe gegen seine Nachbarn ein. Der Beamte fügte noch hinzu, daß vielleicht ein populäres patriotisches Buch existiere, das solche Vorwürfe gegen Italien erhebe, aber ganz gewiß keine amtliche Veröffentlichung.

Deutsch-amerikanische Beziehungen Die Beglaubigungs-Dokumente des neuen Botschafters für Deutschland, Dr. Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, entgegennehmend, erklärte Präsident Coolidge, daß die gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich ihn mit besonderer Befriedigung erfüllen. Präsident Coolidge sagte in seiner Ansprache an den Botschafter: „Unsere Beziehungen zu dem Deutschen Reich sind von tiefer Bedeutung, sowohl im Lichte der Vergangenheit wie bei der Betrachtung der Zukunft. Sie weisen den Weg zu jenem immerwährenden Zusammenwirken auf den Pfaden des Friedens, welches die größte Hoffnung für die zukünftige Wohlfahrt aller Völker bildet."

In seiner Erwiderung sagte der deutsche Botschafter unter anderem: „Sie, Herr Präsident, haben in öffentlichen Aeußerungen mehr als einmal Betonung auf die Tatsache gelegt, daß die Befriedung und der Wiederaufbau der an den Folgen des großen Krieges noch immer schwer leidenden gegenwärtigen Welt nur durch Verständigung der Nationen und durch deren Zusammenarbeit verwirklicht werden können. Deutschland wünscht solche Zusammenarbeit, weil sie der Ueberzeugung ist, daß nur friedlicher Wiederaufbau über die tiefgehenden Folgen des Krieges hinweghelfen könne. Wenn in diesem so schwierigen Werk bereits ein zufriedenstellender Fortschritt verzeichnet werden kann, dann muß das zum großen Teil dem Verständnis und der Würdigung, die dieses Land den Aeußerungen seines Präsidenten entgegengebracht hat, zugeschrieben werden. Noch immer sind viele Probleme und Aufgaben zu lösen. Das deutsche Volk hegt die Hoffnung, daß sich zu ihrer Lösung die bestehenden guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten als wirksam erweisen mögen."

Lindbergh in Venezuela Die ganze Bevölkerung von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, war auf den Beinen, als Oberst Lindbergh aus dem 50 Meilen entfernten Maracay-Flugplatz, auf dem er sein Flugzeug gelandet hatte, im Auto angefahren kam. Seine Begleiter waren der venezolanische Hilfsminister des Aeußern und der amerikanische Gesandtschaftssekretär Cornelius Engert. Alle Straßen, durch welche Lindbergh hindurchfuhr, waren mit ihm zujubelnden Menschen dicht besetzt. Tausende von amerikanischen und Landesflaggen wehten von den Häusern, aus deren Fenstern Frauen dem Flieger Blumen zuwarfen. Fast alle Läden waren geschlossen. Vom Balkon der Casa Espagna aus mußte sich Lindbergh vor der jubelnden Volksmenge immer und immer wieder verneigen. Später legte er auf dem Grabe des südamerikanischen Freiheitshelden Bolivar einen Kranz nieder.

Auf dem Maracay-Flugfeld langte Lindbergh am Abend zuvor an. Ueber Caracas flog er vorher hinweg, als noch das sonntägliche Stiergefecht im Gange und die Arena, da Marcial La Landa, der berühmteste Stierkämpfer Spaniens, dort eine Gastrolle gab, von Menschen überfüllt war. Als aber plötzlich hoch oben in der Luft der „Spirit of St. Louis" in Sicht kam, war das Interesse am Stierkampf wie weggeweht. Sämtliche Zuschauer schrieen dem vorüberschwebenden Lindbergh begeisterte Zurufe zu.

Argentinien und Völkerbund. Bei seiner Rückkehr von einer Besuchsreise nach Europa erklärte der argentinische Außenminister Angel Gallardo, daß er mehr als jemals überzeugt sei, daß Argentinien in den Völkerbund zurückgehen solle. Er erklärte, daß er nach seiner Reise und seinem Besuche in Genf mehr als jemals an den Völkerbund glaube und daß eine wirkliche Notwendigkeit vorlage, daß der Kongreß Argentiniens Wiedereintritt in den Völkerbund beschließe. Argentinien, das dem Bunde im Jahre 1919 beitrat, zog seine Delegation gleich nach der ersten Vollversammlung zurück, die eine argentinische Formel für den Einschluß Deutschlands und aller souveranen Staaten auf einer Basis absoluter Gleichberechtigung und die Ueberweisung von Streitfragen an eine internationale Juristenversammlung abgelehnt hatte. Bereits seit einiger Zeit jedoch hat Argentinien seine Rückkehr zu tätiger Mitarbeit im Völkerbunde in Erwägung gezogen.

Immer noch Sklaverei. Lady Kathleen Simon, Gattin des bekannten liberalen englischen Staatsmannes Sir John Simon, die viel zur Befreiung einer viertel Million Sklaven in Sierra Leona, Afrika, mitgewirkt hat, hielt in London bei der Filmvorführung von „Onkel Toms Hütte" eine Ansprache, in welcher sie auf völlige Abschaffung menschlicher Sklaverei in der ganzen Welt noch in dieser Generation drang.

„Wir haben Gründe für die Annahme," sagte sie, „daß in Abessinien und China noch 3 bis 4 Millionen Sklaven zu befreien sind. Kinder werden ihren Müttern entrissen und vor ihren Augen hingemetzelt. Männer werden ihren Frauen entrissen und von Abessinien über Wüstenstrecken hinweggeführt, um auf dem Sklavenmarkt wie Vieh zum Knechtdienst, der nur mit dem Grabe endet, verkauft zu werden."

Sir Austen Chamberlain und Lord Cecil hatten den Völkerbund auf Schiffe hingewiesen, die Sklavenhandel treiben, ihr Appell aber sei fruchtlos geblieben, weil Frankreich, Italien, Portugal und etliche andere Nationen ein Einschreiten nicht unterstützen wollten. Lady Kathleen fügte hinzu: „Wir wollen jene Schiffe aufbringen und die Sklaven in Freiheit setzen."

Der Schrei nach Sicherheit — eine Heuchelei

Stresemann-Rede erregt Aufsehen.

Außenminister Gustav Stresemann sprach im deutschen Reichstag mit besonderer Bezugnahme auf das Sicherheitskomitee des Völkerbundes, das zur Zeit in Prag tagt, und machte dabei einen scharfen Unterschied zwischen deutsch-französischen Handelsvertragen und dem politischen Verhältnis beider Länder zu einander. Solches Verhältnis, so sagte er, könne nicht zufriedenstellend sein, solange noch die Besetzung des Rheinlandes andauere.

Er sagte unter anderem wörtlich, „daß der Mangel an Vertrauen gewisser französischer Kreise in die Sicherheit des Locarnopaktes ein gleich großes Mißtrauen gegen England wie gegen Deutschland ausdrücke."

Er betonte, daß kein Land der Welt mehr für die Lösung des internationalen Sicherheitsproblems getan habe als Deutschland, und sagte: „Wir sind entwaffnet, wir haben Locarno-Verträge abgeschlossen, wir haben uns dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zur Rechtsprechung über alle juristischen Streitfragen ausgeliefert und haben ein Netz von Schiedsgerichts- und Kompromiß-Verträgen geschaffen."

Der Minister begrüßte die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten durch ihre Vorschläge eines Friedenspaktes mit Frankreich ihr aktives Interesse am Sicherheitsproblem gezeigt hatten.

„Es ist besser," so fuhr er fort, „daß dadurch die Genfer Verhandlungen über diese Fragen einen neuen Anstoß erhalten. Deutschland hat durch die Uebersendung eines Memorandums mit wirklich greifbaren Vorschlägen an die Prager Konferenz erneut seine Ernsthaftigkeit in der Sicherheitsfrage unter Beweis gestellt."

Er fügte hinzu, daß England und Frankreich die Reichswehr mit Leichtigkeit bezwingen könnten, wenn Deutschland den Vertrag von Locarno verletzte. Der ganze Schrei nach Sicherheiten sei Heuchelei, die die Welt nicht länger ertragen könne.

Anhaltende Beifallsrufe aus allen Teilen des überfüllten Hauses begrüßten diese Worte. Die beste Sicherheit, die sich Frankreich wünschen könne, fuhr dann der Redner fort, sei in den Locarno-Verträgen zu finden, nicht nur weil Deutschland in diesen Pakten ausdrücklich auf jede Anwendung von Gewalt Verzicht leiste, sondern auch, weil Großbritannien sich zum Garantor dieser Verträge bereit erklärt habe.

„Hat dieses etwa nichts zu bedeuten?" rief Stresemann. „Zweifeln die Franzosen, welche immer nach Sicherheit schreien, an der Fähigkeit Englands, zusammen mit Frankreich den Kampf gegen die Reichswehr aufnehmen zu können? Hat irgend jemand das Recht zu bezweifeln, daß England sein verpfändetes Wort nicht einlösen werde?"

Der Minister erklärte dann, die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich würden sich nie zufriedenstellend ordnen lassen, solange noch Franzosen im Rheinland ständen und appellierte in bewegten Worten an die französische Regierung, dieses Hindernis des europäischen Friedens möglichst bald aus dem Wege zu räumen.

Durch den Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich seien die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf eine zufriedenstellende Grundlage gestellt worden, erklärte er.

Dr. Stresemann kam dann auf Litauen zu sprechen und gab seiner vollen Zufriedenheit über das Resultat der kürzlichen Verhandlungen mit dem litauischen Premier Woldemaras Ausdruck, erklärend, diese würden in ihrem Teil zu einer Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen.

Hinsichtlich des polnischen Handelsvertrages, bezüglich dessen die Verhandlungen sich bereits zwei Jahre hingeschleppt haben und heute noch auf große Schwierigkeiten stoßen, erklärte der Redner, er sei davon überzeugt, daß ein jedes der beiden Länder die Märkte des anderen brauche. Das Reichsministerium wünsche den baldigen Abschluß dieses Vertrags. Entschieden trat der Minister der deutschen Agrargruppe entgegen, die aus selbstsüchtigen Gründen dem Abschluß des polnischen Handelsvertrags opponiert.

Pressestimmen.

Die deutsche Presse jeder Parteirichtung stimmt der Erklärung Dr. Stresemanns, daß eine Regelung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ohne Raumung nicht möglich sei, einmütig und entschieden zu. Nur in einzelnen Punkten unterscheiden sich die Kommentare. Die Schlußfolgerungen, die aus dem Inhalt der Stresemannrede gezogen werden, lauten unterschiedlich. Die führenden Zeitungen rechts meinen, aus dem Ernst und der Entschiedenheit der gegen Frankreich gerichteten Erklärungen lasse sich ersehen, daß dem Traum von Locarno ein jähes Erwachen gefolgt, das Vertrauen in den Locarnogeist stark erschüttert sei. Daraus wird dann der Schluß gezogen, daß die Außenpolitik des Reiches, wie sie in den letzten Jahren betrieben, unzureichend gewesen und erfolglos geblieben sei. Auch bedauert die Rechtspresse, daß der Auslandsminister es in seiner Rede unterlassen habe, die Mittel anzugeben, die Deutschland zur Verfügung standen und deren es sich bedienen könnte, falls Frankreich in seiner ablehnenden Haltung der Raumungsfrage gegenüber verharre. Uneingeschränkt ist die Zustimmung der Linkspresse. Die sozialdemokratischen Blätter heben anerkennend hervor, daß Dr. Stresemann das Hauptgewicht auf die Loyalität Deutschlands den Verträgen gegenüber gelegt habe, ohne sich des Arguments der militärischen Schwäche des Reichs bei seiner Zurückweisung des französischen Mißtrauens als unbegründet zu bedienen.

Die Reichstagsrede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann hat in offiziellen französischen Kreisen einen guten Eindruck hervorgerufen, gefällt man sich hier doch darin, die Worte Dr. Stresemanns dahin auszulegen, daß Deutschland seine Geneigtheit andeute, als Gegenleistung für die in Aussicht genommene frühzeitige Totalräumung des besetzten Rheinlands, Frankreich neue Sicherheitsgarantien zu geben. Es ist wahrscheinlich, daß die Rede zu einer Interpellation im Senat Veranlassung geben wird.

Je nach der politischen Einstellung der Pariser Zeitungen wird die Reichstagsrede des deutschen Außenministers Stresemann, in der er die Räumung des Rheinlands forderte und erklärte, das beständige französische Geschrei nach Sicherheit sei „ein Stück Heuchelei", verschiedentlich beurteilt. Pertinax, der politische Redakteur des nationalistisch eingestellten „Echo de Paris", schreibt, die Rede bedeute das Ende eines Zeitraums vorsichtigen Vorgehens, die Stresemann klugerweise der deutschen Außenpolitik seit Dezember 1925 auferlegt habe. Er fährt dann fort: „Offenbar denkt Stresemann, die Zeit sei nachgerade angebrochen, die Früchte dieser geduldigen Mäßigung einzuheimsen und durch die in Paris und London geschaffene Stimmung des Vertrauens zu Deutschland zu profitieren." Der radikale „L'Oeuvre" erklärt Stresemann für einen wirklichen Staatsmann und seine Rede für ein Meisterwerk der Mäßigung und Geschicklichkeit.